

## Gruppe 62 - Informationszentrum Asyl und Migration

# Briefing Notes

2. Dezember 2019

### Afghanistan

#### Angriffe/Anschläge

Am 27.11.19 wurden im Distrikt Imam Saheb (Provinz Kunduz) mindestens 15 Zivilisten getötet, als deren Fahrzeug auf eine Sprengfalle fuhr. Am 28.11.19 wurden bei der Explosion eines mit Sprengstoff beladenen Autos in einem Wohngebiet in der nördlichen Provinz Sar-e Pul zehn Häuser zerstört und mindestens 13 Zivilisten verletzt. Die Autobombe sollte ursprünglich in der gleichnamigen Provinzhauptstadt gezündet werden, das Fahrzeug wurde aber von Sicherheitskräften gestoppt.

#### Studie zur Situation von Abgeschobenen

Nach einer Studie der afghanischen Menschenrechtsorganisation Afghanistan Human Rights and Democracy Organization (AHRDO) seien Zurückgekehrte und Abgeschobene besonders empfänglich für Rekrutierungsversuche von terroristischen Gruppen. Eine Reintegration in die afghanische Gesellschaft sei schwierig, denn die Rückkehrer seien infolge ihrer Flucht oft stark verschuldet und arbeitslos.

### Albanien

#### Erdbeben fordert über 50 Todesopfer

Am 26.11.19 sind bei einem schweren Erdbeben im Westen Albanien 51 Menschen ums Leben gekommen. Regierungsstellen bestätigten die Opferzahlen und sprachen zudem von rund 750 Verletzten. Knapp 2.000 Gebäude wurden beschädigt.

Die Stärke des Bebens wird mit 6,4 angegeben. Das Epizentrum lag zehn Kilometer nördlich von Durres und 30 Kilometer westlich von Tirana.

Nachbeben behinderten die bis zum Wochenende andauernden Arbeiten der albanischen und internationalen Rettungskräfte. Ehrenamtliche kümmerten sich um die Verletzten.

Das seit Jahrzehnten schwerste Beben in der Region hatte sich in den frühen Morgenstunden ereignet und war auch in Nachbarländern zu spüren gewesen.

In Albanien hatte zuletzt im September 2019 die Erde gebebt. Bei einer Serie schwächerer Erdstöße waren damals mehr als 100 Menschen verletzt worden.

### Algerien

#### Demonstrationen wegen des Wahltermins am 12.12.19

Am 29.11.19 fanden zum 41. Mal auf den Straßen von Algier und anderen Städten Algeriens Demonstrationen statt. Die Präsidentschaftswahl solle verschoben werden, bis sich neue Kandidaten ohne Verbindung zur alten Riege gefunden haben. Armeechef Gaid beharrt auf den Wahltermin am 12.12.19. Auch die größte Gewerkschaft Algeriens, die Union General des Travailleurs Algeriens (UGTA), hat zu Demonstrationen für die Einhaltung des Wahltermins aufgerufen. An diesen beteiligten sich am 30.11.19 viel weniger Menschen als an den Freitagsdemonstrationen. Sie bekundeten ihre Unterstützung für Armeechef Gaid und wenden sich gegen eine ausländische Einmischung. Das Europäische Parlament hatte am 28.11.19 sowohl die Anwendung

von Gewalt und Verhaftungen von Aktivisten und friedlichen Demonstranten, als auch die die Einschränkung der Meinungsfreiheit und die Einschüchterung von Journalisten kritisiert.

## **Bosnien und Herzegowina**

### **Protest gegen Misstände in Kinderheim**

In Sarajevo forderten am 21.11.19 Hunderte Demonstranten eine Untersuchung der Misshandlung von Kindern mit besonderen Bedürfnissen in einem Pflegeheim 30 km westlich der Hauptstadt. Auch in der Stadt Mostar fanden Proteste statt.

Konkreter Anlass für die Demonstrationen waren am Vortag veröffentlichte Fotos, auf denen an Betten und andere Möbel gefesselte Kinder in einer Pflegeeinrichtung im Dorf Pazaric zu sehen sind.

Die Demonstranten blockierten eine Hauptstraße Sarajewos und übergaben eine Petition an die Regierung der Föderation, in der sie eine sofortige Untersuchung der Vorfälle forderten.

Bereits kurz nach Bekanntwerden der Fotos hatte UNICEF Bosnien und Herzegowina erklärt: „Kein Kind sollte sich jemals in der Situation befinden, die wir in den Medien gesehen haben“.

## **Burkina Faso**

### **14 Tote bei Anschlag auf protestantische Kirche**

Am Morgen des 01.12.19 stürmte etwa ein Dutzend schwer bewaffneter Angreifer während des Gottesdienstes eine protestantische Kirche in dem im Osten an der Grenze zur Republik Niger gelegenen etwa 500 Einwohner zählenden Dorf Hantoukoura. Sie töteten 14 Gläubige, darunter den Pastor der Kirche. Mehrere Menschen erlitten Verletzungen. Die Bevölkerung des Landes besteht etwa zu zwei Dritteln aus Muslimen und zu einem Drittel aus Christen. Seit Februar 2019 wurden bei mehreren Angriffen auf Christen 21 Personen getötet.

## **China**

### **Tibet: Selbstverbrennung**

Am 26.11.19 verbrannte sich ein ehemaliger tibetischer Mönch in einem Dorf der Gemeinde Meruma (Kreis Ngaba, Provinz Sichuan) selbst. Er erlag am selben Tag seinen Verletzungen. Nach Radio Free Asia ist das der 156. Fall seit 2009. Allein im Kreis Ngaba hat es der Menschenrechtsorganisation Free Tibet zufolge insgesamt mindestens 42 Selbstverbrennungen gegeben.

### **Hongkong: Proteste**

Nachdem sich die Lage in Hongkong nach den Kommunalwahlen vom 24.11.19 etwas beruhigt hatte, kam es am 01.12.19 wieder zu Gewalt. Während zwei kleinere Demonstrationen friedlich verliefen, mündete eine dritte mit Tausenden Teilnehmern in gewaltsamen Auseinandersetzungen mit der Polizei. Bereits am Vorabend war die Polizei gegen mehrere Dutzend in einem U-Bahnhof randalierende Demonstranten vorgegangen. Die Polizei durchsuchte am 29.11.19 die eingekesselte Polytechnische Universität (vgl. BN v. 25.11.19), in der keine Studenten mehr angetroffen wurden. Zuvor war die Rede von etwa 20 Studenten gewesen, die sich noch auf dem Gelände versteckt haben sollten. Nach eigenen Angaben stellten Polizisten u.a. etwa 4.000 Brandsätze sicher. Danach übergab die Polizei die Kontrolle über die Universität zurück an deren Verwaltung. Im Zusammenhang mit der Einkesselung wurden laut Polizei 1.377 Personen festgenommen. Seit Beginn der Proteste im Juni 2019 seien mehr als 5.800 Menschen festgenommen worden. Tausende demonstrierten am 28.11.19, um die Unterzeichnung zweier Gesetze zur Unterstützung der Hongkonger Demokratiebewegung durch den amerikanischen Präsidenten Donald Trump zu feiern.

### **Hongkong: Ergebnis der Kommunalwahlen**

Bei den Kommunalwahlen vom 24.11.19 gewannen die Kandidaten der Demokratiebewegung 389 von 452 Sitzen. Damit kontrolliert die Bewegung 17 der 18 Bezirksräte und stellt 117 Sitze in dem 1.200 Mitglieder zählenden Wahlgremium, das Hongkongs Regierungschef wählt.

## **Côte d'Ivoire**

### **Neues Oppositionsbündnis**

Am 29.11.19 bildete sich unter der Schirmherrschaft der größten Oppositionspartei des Landes, der Parti Démocratique de la Côte d'Ivoire (PDCI), eine neue Oppositionsplattform heraus. Die Coalition de la Démocratie, la Réconciliation et la Paix (CDRP), bestehend aus 17 Parteien aller politischen Lager, versteht sich als politisches Gegengewicht zur derzeitigen Regierungspartei des Präsidenten Alassane Ouattara (RHDP), welche über 162 von 255 Sitzen im Parlament verfügt. Dieses bisher größte Bündnis oppositioneller Parteien hat sich insbesondere zum Ziel gesetzt, die nationale Wahlkommission (CNE) zu konsolidieren, das stark von der Regierung abhängige Justizsystem zu erneuern sowie die nationale Aussöhnung voranzutreiben. Sofern sich der CDRP in den kommenden Monaten auch das zweitgrößte Parteienbündnis, das Ensemble pour la Démocratie et la Souveraineté (EDS), anschließt, könnte die Wiederwahl des jetzigen Präsidenten verhindert werden. Alassane Ouattara befindet sich bereits in seiner zweiten Amtszeit. Beobachter kritisieren, dass die Zusammensetzung der Regierung nicht den demografischen Verhältnissen entspricht (70 % der Bevölkerung ist unter 30 Jahren) und es an der Zeit ist, eine neue Generation regieren zu lassen.

## **DR Kongo**

### **ADF-Rebellen töten 33 Zivilisten**

Am 29.11.19 töteten mutmaßliche Rebellen der Allied Democratic Forces (ADF) in dem rund 10 km von der Stadt Oicha (östliche Provinz Nord-Kivu) entfernt gelegenen Dorf Kukutama 14 Personen. Wenige Tage vorher, in der Nacht vom 26. zum 27.11.19, hatten die Rebellen in dem in der Nähe der Stadt Oicha befindlichen Dorf Maleki mindestens 19 Menschen getötet.

### **Demonstranten stürmen UN-Basis in Beni**

Nachdem mutmaßliche Rebellen der ADF in der Nacht vom 24. zum 25.11.19 acht Zivilisten im nördlichen Stadtbezirk der Großstadt Beni (östliche Provinz Nord-Kivu) getötet und neun entführt hatten, bildete sich am 25.11.19 ein Demonstrationszug von Jugendlichen. Diese marschierten zum Rathaus der Stadt, das sie in Brand setzten. Sicherheitskräfte schossen auf die Demonstranten. Anschließend zogen diese zum Stützpunkt der UN-Friedenstruppe MONUSCO im Stadtteil Boykene, wo die Polizei, die das Eingangstor bewachte, auf sie schoss. Den Jugendlichen gelang es in den Stützpunkt einzudringen, wo sie Büroräume plünderten und verwüsteten. Laut Angaben der kongolesischen Armee wurden im Rahmen der Auseinandersetzungen vier Demonstranten getötet, zehn weitere sowie drei kongolesische Soldaten erlitten Verletzungen. Die Demonstranten werfen der Armee und MONUSCO vor, dass diese untätig seien und sie nicht vor den Übergriffen der ADF schütze. Die MONUSCO erklärte hierzu, dass sie ohne Aufforderung seitens der Regierung nicht aktiv werden könne.

Seit der am 30.10.19 begonnenen Offensive der Armee zur Vertreibung der islamistischen, ursprünglich aus Uganda stammenden ADF aus den Wäldern nahe der ugandischen Grenze sollen über 70 Personen von den Rebellen getötet worden sein.

### **Abzug von Ebolahelfern nach Unruhen**

Am 28.11.19 griffen Kämpfer von Mai-Mai-Milizen in den Orten Mangina (Provinz Nord-Kivu) und Byakoto (Provinz Ituri) Behandlungszentren zur Bekämpfung der Ebola-Epidemie an. Laut Angaben der WHO wurden zwei Fahrer, ein Mitglied eines Impfteams und ein Polizist getötet. Fünf weitere Personen, die meisten davon Mitarbeiter des kongolesischen Gesundheitsministeriums, erlitten Verletzungen. Aufgrund der Angriffe zog die WHO Mitarbeiter aus Byakoto ab. Wegen der in Beni ausgebrochenen Unruhen (24./25.11.19) evakuierten die WHO und UNICEF einen Teil ihres Personals aus Beni. Die Ebola-Bekämpfung wird auch durch die seit Anfang November 2019 andauernden Kämpfe zwischen der Armee und ADF-Kämpfern erschwert. Aufgrund der schlechten Sicherheitslage können die Hilfsorganisationen von der Epidemie betroffene Gebiete nicht mehr erreichen.

## **Guinea-Bissau**

### **Stichwahl für das Amt des Präsidenten**

Domingos Simões Pereira und Umaro Sissoco Embaló werden am 29.12.19 zur Stichwahl antreten. Der 56-jährige Pereira erhielt in der ersten Wahlrunde der Präsidentschaftswahl 40,13% der Stimmen. Er gehört der Unabhängigkeitspartei PAIGC an, die im März die Parlamentswahlen gewonnen hatte. Embaló kam auf 27,65% der Stimmen. Der 47-Jährige ist Mitglied der Oppositionspartei Madem, die sich von der PAIGC abgespalten hatte. Bei beiden Kandidaten handelt es sich um ehemalige Premierminister von Guinea-Bissau. Der bisherige Präsident José Mario Vaz liegt auf Platz vier mit 12,41% der Stimmen. Vaz ist der erste Präsident seit 25 Jahren, der eine volle Amtszeit beenden konnte.

## **Irak**

### **Annahme des Rücktrittsgesuchs von Adel Abdel Mahdi**

Das irakische Parlament hat am 01.12.19 das Rücktrittsgesuch von Ministerpräsident Adel Abdel Mahdi angenommen. Mahdi soll die Amtsgeschäfte weiterführen, bis ein Nachfolger bestimmt werde. Mahdi hatte am 29.11.19 seinen Rücktritt angekündigt, nachdem am 28.11.19 die Gewalt eskaliert war.

### **Anhaltende Proteste**

Auch in der vergangenen Woche hielten die Proteste an. Trotz des angekündigten Rücktritts von Ministerpräsident Adel Abdel Mahdi am 29.11.19 kam es am 30.11.19 erneut zu Demonstrationen in Bagdad und den südlichen Provinzen. Auch in Mosul kam es zu Solidaritätsbekundungen.

Demonstranten hatten am 01.12.19 zum zweiten Mal innerhalb weniger Tage das iranische Konsulat in Najaf in Brand gesetzt. Bereits am 27.11.19 stürmten irakische Demonstranten das iranische Konsulat in Najaf und zündeten das Gebäude an. Die konsularischen Mitarbeiter konnten kurz zuvor evakuiert werden. Sicherheitskräfte hatten am 27.11.19 Tränengas und scharfe Munition gegen die Protestierenden eingesetzt.

Demonstrationen wurden u.a. auch aus den Provinzen Bagdad, Dhi Qar, Karbala und Babil bekannt.

Bislang wurden im Rahmen der Proteste seit Anfang Oktober 2019 mindestens 420 Menschen getötet und etwa 15.000 verletzt.

### **Haftbefehl gegen General Jamil al-Shammari**

Am 01.12.19 erließ der Hohe Justizrat, die oberste irakische Justizbehörde, einen Haftbefehl gegen General Jamil al-Shammari. Dem Hohen Justizrat zufolge hatte er das Durchgreifen gegen Demonstranten in der Provinz Dhi Qar, im Süden des Landes, angeordnet, bei dem mindestens 32 Menschen ums Leben gekommen sind. Er sei am 28.11.19 seines Postens enthoben worden, weiterhin sei ein Reiseverbot gegen ihn verhängt worden.

### **Weitere Einschränkung der Pressefreiheit**

Am 21.11.19 teilte die irakische Medienkommission die dreimonatige Suspension von neun TV-Stationen (Al-Arabiya Al-Hadath, NRT TV, ANB TV, Dijlah, Al-Sharqiya TV, Al-Fallujah TV, Al-Rasheed, Hona Bagdad) und die dauerhafte Schließung von vier Radiostationen (Radio Al-Nass, Radio Sawa, Radio Al-Yawm, Radio Nawa) mit. Vier weitere TV-Stationen (Rudaw TV, Asia TV, Al-Sumaria TV, Ur TV, Syk New Arabic) erhielten eine Warnung. Als Grund für die Schließungen der TV-Stationen wurden u.a. die Nichtbeachtung von Richtlinien, Sendung aus dem Ausland und Anstiftung zum Hass genannt. Betroffen sind sowohl lokale als auch internationale Media Outlets.

Reporter ohne Grenzen berichtet, dass am 26.11.19 eine Reporterin und ein Kameramann (Dijlah TV) in Najaf von der Bereitschaftspolizei zusammengeschlagen und ihr Equipment beschlagnahmt wurde.

Seit Beginn der Proteste Anfang Oktober 2019 kommt es zu schweren Einschränkungen der Pressefreiheit und Übergriffen auf Journalisten (vgl. BN v. 07.10.19).

## **Irak/Iran**

### **General Soleimani im Irak**

Berichten zufolge befindet sich der iranische General, Qassim Soleimani, seit dem 30.11.19 wieder in Bagdad. Bereits zuvor soll Soleimani u.a. führenden pro-iranischen Milizenführern einen Besuch abgestattet haben, mit der Anweisung die amtierende Regierung zu unterstützen. Berichten zufolge spiele Iran eine maßgebende Rolle in der gewaltsamen Reaktion der irakischen Regierung auf die Proteste.

Die Proteste fordern neben einem neuen politischen System in Irak, auch ein Ende der iranischen Einmischung in die irakische Politik. Am 18.11.19 veröffentlichte The Intercept eine Sammlung nachrichtendienstlicher Kommunikation iranischer Agenten in Irak im Umfang von 700 Seiten. Die Sammlung verdeutlicht das Ausmaß des iranischen Einflusses seit 2003.

## **Iran**

### **AI: 143 Tote bei den letzten Unruhen und Protesten**

AI hat nach einer Auswertung glaubwürdiger Berichte über die jüngsten Unruhen und Proteste in Iran die Zahl der Todesopfer nun mit 143 angegeben. Die Dunkelziffer sei noch höher, erklärte AI. Die Zahlen beruhen auf Videoaufzeichnungen vor Ort sowie auf Informationen von Menschenrechtsaktivisten. Dabei sei festgestellt worden, dass iranische Sicherheitskräfte auch unbewaffnete Demonstrierende getötet hätten. AI untersucht derzeit noch weitere Berichte. Seitens der Regierung wurden bisher keine Angaben über die Zahl der Todesopfer gemacht. Sie weigert sich außerdem, die Leichen der Opfer ihren Familien zu übergeben. Politische Aktivisten hatten die Zahl der Todesopfer mit mehr als 200 beziffert. Direkt nach der gewaltsamen Beendigung der Proteste durch die Sicherheitskräfte haben Regierung und Pasdaran mit der Verhaftung von Protestteilnehmern begonnen. Ihnen drohen harte Strafen.

### **Festnahme von angeblichen Rädelsführern der jüngsten Proteste und Unruhen**

Iranische Sicherheitskräfte haben nach den landesweiten Protesten 180 der angeblichen Rädelsführer festgenommen. Einer Erklärung des Nationalen Sicherheitsrats vom 24.11.19 zufolge soll es sich dabei um Monarchisten sowie oppositionelle Angehörige der Volksmujahedin (MEK) handeln, die von den USA, Israel und Saudi-Arabien angeheuert worden sein sollen und sich wie Anhänger der Terrormiliz IS verhalten hätten. Überdies sollen nach offiziellen Angaben im Zusammenhang mit den Unruhen acht Agenten der CIA festgenommen worden sein. Nach Berichten der Nachrichtenagentur Fars vom 01.12.19 beabsichtigt die Justiz eine „maximale“ Bestrafung der bei den Protesten festgenommenen „Söldner“.

### **Terrorismusvorwurf gegen iranische Auslandsjournalisten**

Der iranische Geheimdienst beschuldigt den persischsprachigen, in London ansässigen Fernsehsender Iran International sowie dessen Mitarbeiter, „mit den Feinden der Islamischen Republik für terroristische Handlungen zusammenzuarbeiten“. In einer Erklärung vom 30.11.19 heißt es, Unruhestifter hätten auf Anweisung des Senders öffentliches und privates Eigentum in Brand gesetzt. Deshalb werde die iranische Justiz in Iran befindliche Besitztümer von Mitarbeitern des Senders beschlagnahmen. Außerdem seien alle Geschäfte mit ihnen verboten, so das Ministerium. Die Bedrohung von iranischen Journalisten im Ausland durch iranische Behörden hat Tradition. Immer mehr Auslandsjournalisten berichten in sozialen Netzwerken über wachsenden Druck der Sicherheitsbehörden auf ihre Familien in Iran. Diese seien aufgefordert worden, die Auslandsjournalisten zu überzeugen, ihre Arbeit einzustellen.

### **Internetblockade größtenteils aufgehoben**

Die Internetblockade in Iran ist vergangenes Wochenende nach sieben Tagen wieder aufgehoben worden. Die Nichtregierungsorganisation Netblocks, die derartige Blockaden des Internets analysiert, teilte mit, dass der erreichte Datendurchsatz inzwischen bei über 90 % des Wertes vor der Blockade liegt. Laut dem Teheraner Verband der IT-Organisationen hat die siebentägige Sperre des iranischen Internets während der jüngsten Unruhen die Branche mehr als 185 Mio. Euro pro Tag gekostet.

### **Haft für Umweltschützer**

Am 20.11.19 wurden in Iran sechs inhaftierte Umweltschützer zu insgesamt 48 Jahren Haft verurteilt. Zwei Hauptbeschuldigte wurden zu jeweils zehn Jahren, zwei weitere Angeklagte zu acht und eine Aktivistin und

ein Aktivist zu jeweils sechs Jahren Haft verurteilt. Für viele der Umweltprobleme in Iran wie die Abholzung der Wälder, den Wassermangel und das Aussterben von Tierarten sehen politische Beobachter die Verantwortung im Missmanagement der Regierung und bei staatlichen Projekten.

### **Protestwelle: Regime geht gegen Frauen vor**

Sieben Tage nach Beginn der landesweiten Proteste, bei denen mindestens 100 Menschen von Sicherheitskräften getötet worden sein sollen, kehrte der Rundfunk der Islamischen Republik Iran (IRIB) zu einer altbekannten Vorgehensweise zurück: das Filmen falscher oder erzwungener Geständnisse, die dann im nationalen Fernsehen ausgestrahlt werden. Neu ist, dass nun gezielt Frauen beschuldigt werden, die Anführer der Unruhen zu sein.

## **Jemen**

### **Häftlinge freigelassen**

Die von Saudi-Arabien geführte Koalition kündigte am 26.11.19 die Freilassung von 200 gefangenen Houthi-Rebellen an, die in saudi-arabischen Gefängnissen festgehalten werden. 128 davon wurden am 28.11.19 mit Unterstützung des Roten Kreuzes am Flughafen in Sanaa empfangen. Im September 2019 ließen die Houthi-Rebellen ebenfalls einige hundert Gefangene frei.

### **UN-Mitarbeiter inhaftiert**

Die Houthi-Rebellen gaben am 25.11.19 bekannt, mehrere humanitäre UN-Mitarbeiter festgenommen zu haben. Die Gefangenen werden der Spionage beschuldigt. Die UN hatte zuvor die Houthi-Rebellen beschuldigt, humanitäre Hilfslieferungen zu manipulieren.

### **Zivilisten getötet**

Bei einem Angriff auf den al-Raqw-Markt im Bezirk Monabbih, Gouvernement Saadah, am 27.11.19 sollen mindestens zehn Zivilisten getötet und weitere 22 verletzt worden sein. Viele der Toten und Verwundeten waren äthiopische Flüchtlinge oder Migranten.

## **Kolumbien**

### **Proteste dauern an**

Eine am 21.11.19 begonnene Reihe von Demonstrationen und Streiks in Bogotá und anderen Orten des Landes hält an. Ein Schüler, der am 23.11.19 von einem Mitglied der Bereitschaftspolizei Escuadrón Móvil Antidisturbios (ESMAD) angeschossen worden war, erlag am 25.11.19 seinen Verletzungen. Daraufhin kam es in Bogotá und anderen Städten am 27.11.19 zu Demonstrationen.

Am 26.11.19 begann ein von Präsident Iván Duque angekündigter nationaler Dialog mit den Organisatoren der Proteste. Letztere brachen die Gespräche nach einigen Stunden ab, nachdem Uneinigkeit über die Zusammensetzung der Gesprächspartner auf der Regierungsseite bestand.

## **Libanon**

### **Protestsituation angespannt**

Am Abend des 26.11.19 kam es zu einer Konfrontation zwischen Anhängern verschiedener Parteien im Bezirk Ain al-Rammneh in Beirut. Die libanesische Armee trennte die rivalisierenden Gruppen, um eine Eskalation zu verhindern. Ain al-Rammneh ist der Ort an dem der libanesische Bürgerkrieg (1975-1990) begann.

Auch in Tripoli und anderen Städten kam es zu kleineren Zusammenstößen zwischen Anhängern verschiedener Parteien. Bisher verliefen die Proteste weitgehend friedlich. Beobachter warnen jedoch vor einer Zuspitzung der Spannungen zwischen Anhängern der verschiedenen politischen Parteien, falls keine Lösung für die politische und wirtschaftliche Krise gefunden wird. Seit dem Rücktritt von Saad Hariri am 29.10.19 ist weder eine neue Regierung gebildet, noch ein neuer Premierminister ernannt worden.

### **Wirtschaftliche Krise verschärft sich**

Am 29.11.19 versperrten Autofahrer die Straßen in Beirut und anderen libanesischen Städten und unterbrachen so den Verkehr. Die Blockaden folgten auf einen Streik von Tankstellenbesitzern. Angesichts der Entwertung des libanesischen Pfundes gegenüber dem US-Dollar, haben die Tankstellenbesitzer eine Anhebung der Benzinpreise gefordert.

Berichten zufolge fiel der Wert des libanesischen Pfunds (LBP) seit Beginn der Proteste um etwa 40 %. Das LBP ist durch einen festen Wechselkurs an den US-Dollar gebunden. Die Bezahlung mit US-Dollar neben dem libanesischen Pfund ist gängige Praxis, z.B. durch Ankauf importierter Güter durch Händler. Die Entwertung der libanesischen Währung führt zunehmend zur Zahlungsunfähigkeit, sodass Unternehmen schließen müssen oder Gehälter nicht ausbezahlen können. Am 19.11.19 beendeten libanesische Banken einen einwöchigen Streik, nachdem Beschränkungen für die Auszahlung von Fremdwährung beschlossen wurden. Viele Libanesen können nun nicht mehr frei auf Konten, die in US-Dollar geführt werden, zugreifen.

## **Libyen**

### **Kämpfe südlich von Sabha**

Mindestens seit dem 27.11.19 gibt es Kämpfe von erheblicher Schwere um das al-Feel-Ölfeld südlich von Sabha sowie in dessen Umgebung. Anscheinend hat eine mit dem Government of National Accord (GNA) verbündete Miliz die Kontrolle von der Libyan National Army (LNA) übernommen, was in Anbetracht der Lokalisierung im Süden darauf schließen lässt, dass die Präsenz der Truppen Khalifa Haftars (LNA) inzwischen stark ausgedünnt ist. Spätestens am 01.12.19 wurde die Produktion wiederaufgenommen, Personal scheint nicht zu Schaden gekommen zu sein.

### **Kämpfe um Tripolis**

Weiterhin gibt es Gefechte an allen Fronten in Tripolis, mit deutlichem Gewicht auf den Vorort Ain Zara. Es kam wiederholt zu Luftangriffen, auch mit zivilen Toten, deren Zahl derzeit nicht bekannt ist.

### **Aktionen gegen Tebu**

Seit Monaten gibt es tiefe Zerwürfnisse zwischen den Tebu und den Streitkräften von Khalifa Haftar. Nachdem am 28.11.19 ein Luftschlag der LNA auf die hauptsächlich von Tebu bewohnte Ortschaft Um al-Aaranib eine Mutter und ihre sechs Kinder tötete, kam es nun zu einem Statement des Tebu-Kongresses, der von ethnischen Säuberungen spricht. Die Validität dieser Behauptung ist unklar, jedoch kosten die Auseinandersetzungen konstant eine relativ hohe Zahl an Menschenleben, zumal die Tebu insgesamt eine kleine Minderheit in Libyen sind.

## **Mali**

### **Hubschrauberabsturz französischer Einsatzkräfte**

Bei einem Zusammenstoß von zwei französischen Militärhubschraubern sind 13 Soldaten getötet worden. Der Unfall ereignete sich am Abend des 25.11.19 während eines Kampfeinsatzes gegen mutmaßliche Dschihadisten. Die Terrormiliz IS reklamierte den Zwischenfall für sich. Dem widersprach der französische Generalstabschef und erklärte, dass es sich um einen komplexen Kampfeinsatz gehandelt habe, bei dem die beiden Hubschrauber kollidiert seien. Es handelt sich dabei um einen der schwersten Zwischenfälle für das französische Militär in den vergangenen Jahrzehnten.

## **Marokko**

### **Musiker verhaftet**

Der Rapper Mohamed Mounir, Künstlername Gnawi, wurde wegen der Veröffentlichung eines Videos, in dem er die Polizei und Behörden kritisiert, verhaftet und am 25.11.19 wegen Beamtenbeleidigung zu einem Jahr Haft und einer Geldstrafe von 1.000 marokkanischen Dirham verurteilt. Er kritisiert in dem Video die Korruption, die hohe Arbeitslosigkeit, den Drogenhandel und in einer Zeile auch den König als geistliches

Oberhaupt. Das Video wurde auf Youtube 13 Mio. Mal angeklickt. Viele junge Menschen stellen sich hinter die Aussagen Mounirs.

## **Myanmar**

### **Rakhine State: Binnenflüchtlinge**

Durch einen bewaffneten Konflikt zwischen der Rebellenorganisation Arakan Army und dem Militär im Rakhine State wurden einer Verlautbarung der Organisation Rakhine Ethnic Congress (REC) vom 27.11.19 zufolge im Jahr 2019 mehr als 92.500 Menschen landesintern vertrieben. So seien nach verstärkten Kämpfen im Norden des Rakhine State seit Ende November 2019 aus den Gemeinden Rathedaung, Buthidaung und Myebon Zehntausende geflohen, allein aus Rathedaung etwa 30.000 Menschen. Weitere Zehntausende seien in den Monaten davor aus anderen Gemeinden geflohen.

## **Russische Föderation**

### **Frauen fordern Gesetzesverschärfung gegen häusliche Gewalt**

In Moskau versammelten sich am 26.11.19 mehrere Hundert Frauen zu einer Demonstration für schärfere Gesetze gegen häusliche Gewalt. Präsident Putin hatte 2017 ein Gesetz unterzeichnet, das die Strafen für die meisten Ersttäter herabsetzte. Dadurch, so Kritiker, habe er die Kultur der Straflosigkeit im Umgang mit häuslicher Gewalt gestärkt. Berichten zufolge sterben jährlich zwischen 9.000 und 14.000 Frauen in Russland durch die Gewalt von Ehemännern oder anderen Familienangehörigen.

### **Wahlbeobachtungsaktivist verurteilt**

Ein russisches Gericht verkündete am 28.11.19 die Verurteilung von Roman Udot, Aktivist der prominenten unabhängigen Wahlbeobachtungsgruppe Golos (Stimme), zu 320 Stunden Besserungsarbeit. Das Gericht befand ihn für schuldig, das Leben zweier Journalisten eines staatlichen TV-Senders bedroht zu haben. Udot sieht darin eine Vergeltungsmaßnahme für seine Recherchen über Wahlbetrug bei vergangenen Wahlen. Human Rights Watch (HRW) geht von einer politisch motivierten Strafverfolgung aus.

## **Serbien**

### **Sicherheitsabkommen mit der Türkei angebahnt**

Menschenrechtsaktivisten befürchten, dass ein bevorstehendes bilaterales Abkommen über gemeinsame terroristische und sicherheitspolitische Bedrohungen die Rückführung von Anhängern der Gülen-Bewegung von Serbien in die Türkei erleichtern könnte.

Das geplante Abkommen befindet sich bereits im parlamentarischen Verfahren. Es soll beide Staaten verpflichten, Aktivitäten von Mitgliedern und Anhängern terroristischer Organisationen zu verhindern, die nach deren Einschätzung eine Bedrohung für die nationale Sicherheit darstellen.

Ferner beabsichtigen die beiden Länder, in der Bekämpfung des Menschenhandels, der organisierten Kriminalität und des Drogenschmuggels enger zusammenzuarbeiten.

Das geplante Abkommen unterstreicht die immer wichtiger werdende Rolle der Türkei auf dem Balkan. In den letzten zehn Jahren haben kulturelle Projekte und wirtschaftliche Investitionen der Türkei in der Region stetig zugenommen.

Menschenrechtsaktivisten monieren, dass das türkische Strafrecht Terrorismus so umfassend definiert, dass auch politische Andersdenkende einbezogen werden können.

## **Sudan**

### **Partei von Ex-Präsident Omar al-Baschir aufgelöst**

Die Partei National Congress Party (NCP) des ehemaligen Machthabers Omar al-Baschir wird aufgelöst. Die sudanesische Übergangsregierung stimmte einem entsprechenden Gesetz mit dem Titel „Zerschlagung des Regimes des 30. Juni 1989“ am 28.11.19 zu. Dieses Gesetz sieht die Auflösung und Enteignung des NCP vor,



außerdem dürfen Mitglieder der Partei für zehn Jahre an keinen politischen Aktivitäten teilnehmen. Premierminister Abdalla Hamdok begründete diese Entscheidung damit, dass der NCP geplündert und die Entwicklung des Landes behindert habe. Die Regierung kann nun das Vermögen der Partei beschlagnahmen.

## **Syrien**

### **Zahlreiche Tote bei Kämpfen in Idlib**

Nach Angaben der oppositionsnahen Syrischen Beobachtungsstelle für Menschenrechte seien in den vergangenen Tagen bei schweren Gefechten zwischen syrischen Regierungstruppen und Rebellen in der Rebellenhochburg Idlib mindestens 70 Menschen getötet worden. Die zweitägigen Kämpfe seien die gewalttätigsten seit der Waffenruhe in der Region Ende August gewesen. Die Gefechte seien durch mehrere Angriffe der islamistischen Hajat Tahrir al-Scham auf Stellungen der Regierungstruppen ausgelöst worden, woraufhin die syrischen Streitkräfte mit Unterstützung russischer Truppen Luftangriffe gegen die islamistischen Rebellen geflogen hätten. Unter den Toten seien auch mindestens 36 Soldaten der Regierungstruppen.

### **Tote bei Anschlag**

Nach Angaben des türkischen Verteidigungsministeriums vom 26.11.19 seien bei der Explosion einer Autobombe im Dorf Tel Halef westlich von Ras al-Ain am 26.11.19 mindestens 17 Menschen getötet und mehr als 20 verletzt worden. Das Dorf liegt in dem seit der türkischen Militäroffensive im Oktober von der türkischen Armee und verbündeten syrischen Milizen kontrollierten Gebiet im Nordosten Syriens. Die Türkei macht Kämpfer der kurdischen YPG-Miliz für die Bombenexplosion verantwortlich.

## **Tunesien**

### **Proteste nach Selbstverbrennung**

Ein 25-jähriger Tunesier zündete sich am 29.11.19 im südtunesischen Ort Jelma selbst an, um ein Zeichen zu setzen gegen Armut und die Lebensumstände, unter denen viele Tunesier leiden. Der Mann starb noch am selben Tag an den Folgen seiner Verletzungen in einem Krankenhaus. Augenzeugen zufolge blockierten am darauf folgenden Tag Dutzende von Menschen in Jelma Straßen und zündeten Reifen an. Die Polizei setzte Tränengas ein. Die Demonstranten setzten dennoch ihren Protest auch am späten Abend noch fort. Seit der Selbstverbrennung von Bouazizi im Dezember 2010, dessen Tod den Arabischen Frühling auslöste, sind zahlreiche junge Männer seinem Beispiel gefolgt und haben sich angesichts der wirtschaftlichen Schwierigkeiten Tunesiens selbst angezündet.

## **Venezuela**

### **Voranschreitende Dollarisierung**

Trotz der starken ideologischen Gegnerschaft zu den USA hat sich die Regierung Maduro wiederholt positiv zur Nutzung des Dollars im Land geäußert, zuletzt in einem Interview auf dem Fernsehkanal Televen. Nach den letzten Daten sind im Oktober 2019 rund 54 % aller Transaktionen im Lande in ausländischen Währungen, v.a. dem Dollar, abgewickelt worden, was eine Verdreifachung gegenüber dem Vorjahreszeitraum bedeutet. Aufgrund der Inflation und des allgemeinen Vertrauensverlustes in den Bolivar weichen die Venezolaner auf andere Währungen aus, um einigermaßen wertsichere Zahlungsmittel vorzuhalten. Die Quellen sind neben Ersparnissen oft private Bargeldimporte durch Reisende, Remittenten und ebenso ein permanenter Influx von Dollar, Real und Peso in den Grenzregionen. Auch Euro werden in vielen Geschäften akzeptiert.

## **Vietnam**

### **Haftstrafen für Aktivisten**

Ein Gericht in der Provinz Thanh Hoa verurteilte am 28.11.19 den Blogger Pham Van Diep zu neun Jahren Haft. Er hatte die Regierung wegen ihres Umgangs eines taiwanischen Unternehmens, das 2016 schwere Verschmutzungen der vietnamesischen Küstengewässer verursachte, online kritisiert.

Ein Gericht in der Provinz Bac Lieu verurteilte am 28.11.19 den Aktivisten Nguyen Chi Vung zu sechs Jahren Haft. Ihm wird vorgeworfen, staatsfeindliche Inhalte im Internet veröffentlicht und zu Protesten aufgerufen zu haben.

Ein Gericht in der Provinz Dong Nai verurteilte am 28.11.19 vier Männer zu Haftstrafen von zweieinhalb bis drei Jahren. Sie sollen Sprengstoffanschläge geplant haben. Sie hatten im Internet staatsfeindliche Inhalte aufgesucht und zu Protesten aufgerufen.

Gruppe 62 - Informationszentrum Asyl und Migration  
Briefing-Notes